

Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU-neue Mitgliedsstaaten:

ESTLAND

Dr. Werner T. Bauer
Wien, Jänner 2004

INHALTSÜBERSICHT

1. Allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung	S. 3
2. Abfall	S. 4
3. Bildung	S. 5
4. Energie	S. 7
5. Gesundheit	S. 9
6. Kultur	S.10
7. Medien	S.12
8. Pensionen	S.16
9. Post	S.17
10. Sicherheit	S.17
11. Telekommunikation	S.18
12. Verkehr	S.19
13. Wasser	S.20
14. Wohnen	S.21
15. Quellennachweis	S.22
16. Internet-Links	S.24

1. Allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung

Estland, die nördlichste der drei baltischen Republiken, liegt an der Ostsee und grenzt im Norden an den Finnischen Meerbusen, im Süden an Lettland und im Osten an Russland. Das Land, das etwas größer als Dänemark oder Holland ist, zählt aber nur etwa 1,356 Mio. EinwohnerInnen (Tendenz um etwa 0,5% jährlich rückläufig), davon 65% EstInnen, 28% RussInnen und 3% UkrainerInnen. Mit der estnischen Unabhängigkeit im Zuge des Zerfalls der früheren Sowjetunion bekam die starke russischsprachige Minderheit den Status von Nicht-Staatsangehörigen mit eingeschränkten politischen Mitwirkungsrechten.

Estland erlangte die staatliche Unabhängigkeit erstmals 1918. Im Rahmen des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes von 1939 fiel Estland an die Sowjetunion, nach deren Zerfall es im August 1991 wiederum unabhängig wurde.

Estland ist in 15 Landkreise (*maakonnad*) gegliedert. Regiert werden sie jeweils von einem für fünf Jahre durch die Staatsregierung und die Repräsentanten des Landkreises gewählten Gouverneur. Die Kreise sind nicht souverän, sondern bilden lediglich Verwaltungseinheiten, die der Staatsregierung unterstehen.

Das Fehlen traditioneller Lagerparteien und die Konkurrenz um die gleichen Wählergruppen haben seit der Unabhängigkeit zu einer Reihe von Regierungswechseln und insgesamt 9 Regierungen geführt – zuletzt anlässlich der Parlamentswahlen vom März 2003, seit denen das Land von dem erst 37-jährigen liberalkonservativen Premierminister *Juhan Parts* und seiner 2001 gegründeten Partei *Res Publica* (28 von 101 Sitzen) regiert wird. Mit seinen Koalitionspartnern von der *Reformpartei* (19 Sitze) und der *Volksunion* (13 Sitze) verfügt *Parts* über die notwendige Mehrheit im Parlament.

Alle estnischen Regierungen waren sich im Bemühen um eine Transformation der überkommenen Planwirtschaft sowie um eine möglichst rasche Integration Estlands in NATO und EU einig. Estland gilt als das progressivste Land des Baltikums hinsichtlich der Einführung der Marktwirtschaft und des Umbaus der wirtschaftlichen Strukturen.

Die Marktreformen in Estland begannen bereits im Zuge der *Perestroika*, als das baltische Land noch zur Sowjetunion gehörte. Nach dem Erreichen der Unabhängigkeit und der Schaffung einer estnischen Privatisierungsagentur (nach dem Vorbild der deutschen *Treuhand*) im Jahr 1993 kamen diese Reformen rasch voran. Sämtliche Staatsbetriebe wurden von der Privatisierungsagentur statistisch erfasst, inventarisiert, nach standardisierten Betriebsprofilen bewertet und in internationalen Massenausschreibungen inseriert. Ende 1995 waren bereits 50% der estnischen Wirtschaft in privater Hand. Die neuen Eigentümer sind zumeist Ausländer, weil es in Estland an Inlandskapital mangelt. Am stärksten kamen die Skandinavier zum Zug (Finnen, 35%, Schweden 24%), gefolgt von Russen (6%) und den am baltischen Raum überraschend wenig interessierten Deutschen (2%).

Verbunden mit der massiven Reorientierung des Außenhandels auf die EU (und Finnland sowie Schweden im besonderen) erfolgte im Zuge der Privatisierung ein massiver Strukturwandel, der – noch dramatischer als in den meisten anderen Reformstaaten – den Anteil der Industrie stark verringerte (auf 20% des BIP und 28% der Beschäftigung) und den der Dienstleistungen und des Handels in kurzer Zeit auf 45% bzw. 23% erhöhte.

Estland setzte auch in den Jahren 2002 und 2003 seine Politik der liberalen Marktöffnung fort. 2002 gingen ca. 70% der Exporte in die EU. Estland erwirtschaftete 2002 ein Bruttoinlandsprodukt von etwa 6,8 Mrd. € (2001: 6,2 Mrd. €) – das entspricht etwa dem Betrag, um den das BIP in Österreich im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr wächst. Die Inflationsrate ging von 5,8% im Jahr 2001 auf 3,6% zurück; für 2003 wird eine Inflation von 3,2% prognostiziert. Die Arbeitslosenrate betrug nach Angaben der Regierung im Jahr 2002 10,3%, im dritten Quartal 2003 9,5%. Das Leistungsbilanzdefizit betrug 2002 12,5% des BIP (nach 6,1% im Vorjahr) und stellt eines der größten Risiken der estnischen Wirtschaft dar. Der Kurs der Estnischen Krone (EEK) ist im Verhältnis 15,646:1 fest an den Euro gebunden.

Von allen EU-Kandidatenländern hat keines die Liberalisierung und Privatisierung seiner Wirtschaft so radikal und konsequent durchgeführt wie Estland. Mit dem Abbau von Subventionen und Handelschranken ging Estland so weit, dass der Beitritt zur EU für viele wie ein Rückfall in die sowjetische Planwirtschaft wirkt. Gemäß dem *Index of Economic Freedom 2003*, der vom *Wall Street Journal* und der *Heritage Foundation* veröffentlicht wird, belegte Estland zuletzt den 6. Platz weltweit.

Die Frage der Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen nimmt im öffentlichen Bewusstsein einer Gesellschaft wie der estnischen, in der innerhalb nur weniger Jahre nahezu sämtliche Wirtschaftsbereiche privatisiert wurden, naturgemäß einen vollkommen anderen Stellenwert ein, als in Westeuropa, wo die neoliberale Mode der Liberalisierung (und teilweisen Privatisierung) des großen „geschützten“ Bereichs der öffentlichen Dienstleistungen einen überaus kontroversen und schmerzhaften Prozess darstellt, der von weiten Bevölkerungskreisen kritisch bis ablehnend beurteilt wird. In Estland wurde, gemäß den Privatisierungsplänen der Regierung, über die politisch ein weitgehender Konsens besteht, praktisch alles veräußert, einschließlich der Energie-, Gas- und Wasserversorgung und der Eisenbahn. Ausgenommen sind zur Zeit nur die Bereiche Bildung und Kultur – allerdings sind die Auswirkungen der Privatisierungstendenzen auch hier deutlich spürbar.

2. Abfall

Im Jahr 1999 wurden landesweit 10,85 Mio. Tonnen an Abfällen produziert (1995: 14,2), davon 5,86 Mio. Tonnen gefährliche Abfälle, was gegenüber 1993 (7,73 Mio. Tonnen) einen Rückgang um 24% bedeutet. Zurückzuführen ist dies v.a. auf den Rückgang der überaus umweltbelastenden Ölschieferproduktion. Allerdings weist Estland mit über 340 kg den höchsten Anteil an gefährlichen Abfällen in Europa (EU-25, Schweiz und Norwegen) auf.

Die Ölschieferförderung, die darauf basierende Energiegewinnung und die chemische Industrie bilden allerdings nach wie vor die Hauptverursacher von Abfällen in Estland. Ölschieferasche, Schlacke und der Abfall des Ölschieferabbaus stellen etwa 90% des estnischen Müllaufkommens dar. Als weitere Risikoabfälle sind mit Schwermetallen kontaminierter Klärschlamm, mit Fäkalien belastete Kanalisationsabwässer, Schiffsabwässer und die Abfälle der Holzverarbeitenden Industrie zu erwähnen. Siedlungsabfälle (Haushalte, Kleingewerbe, kommunale Einrichtungen) stellen dagegen bloß 4% der gesamten Abfälle dar, allerdings werden etwa 99% des Gemeindemülls – und somit auch die darin enthaltenen gefährlichen Abfälle – unsortiert deponiert.

Der Umgang mit Abfällen ist in Estland bisher noch nicht angemessen geregelt. Die Gemeinden sind für die Abfuhr, die Behandlung und die Entsorgung der festen Siedlungsabfälle verantwortlich – allerdings verfügen sie weder über die finanziellen noch über die technischen Kapazitäten für die Sanierung und die Kontrolle der bestehenden Mülldeponien.

Während die Gemeindeabfälle nach dem Beginn der Wirtschaftsreformen v.a. durch die veränderten Konsumgewohnheiten und das Aufkommen von neuem Verpackungsmaterial stark gestiegen sind (von 1,4 Mio. m³ im Jahr 1993 auf 2,5 Mio. m³ im Jahr 1996), wurde die Zahl der legalen Mülldeponien ständig verringert; veraltete, ungenügend ausgerüstete und gesicherte Deponien wurden offiziell geschlossen und die Müllentsorgung auf wenige Deponien konzentriert, die den EU-Standards angepasst werden konnten. Wegen der damit verbundenen höheren Kosten und der insbesondere im ländlichen Raum noch nicht befriedigend geregelten Entsorgung entstanden landesweit immer mehr wilde Deponien. Viele Deponien sind überdies leck, so dass die darin enthaltenen Giftstoffe durch den Regen ausgewaschen werden und in Boden und Grundwasser gelangen können. Diese Deponien stellen auch weiterhin eine enorme Umweltgefahr dar.

Bis zum Jahr 1999 wurden insgesamt 565 Deponien registriert, davon 351 für Siedlungsabfälle. Die größte Deponie des Landes ist *Pääsküla* in der Hauptstadt *Tallinn* mit etwa 26

ha Fläche. 1996 wurden 668.258 t Müll nach *Pääsküla* verbracht, 1997 777.823 t, 1998 332.651 t und 1999 538.869 t.

Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe (als wichtigste Abfallproduzenten), mülltransportierende Unternehmen und Gemeinden müssen den Umweltbehörden ihres Regierungsbezirkes einen jährlichen Bericht über den produzierten, behandelten, deponierten, wiederaufbereiteten, exportierten und importierten Abfall abliefern.

Sorgen bereitet die weiterhin geringe Wiederverwertungsquote. Bisher werden erst etwa 18% des anfallenden Mülls wiederverwertet, der Rest wird unbehandelt gelagert. Mit Beginn des Jahres 2003 wurden in den größeren Städten Sammelsysteme für organischen Abfall eingerichtet. Kleinere Gemeinden sollen später folgen. In den nächsten Jahren soll die Wiederverwertung auf 50% angehoben werden – wodurch der Markt für private Entsorger interessant werden dürfte. Bereits jetzt werden im Rahmen eines staatlichen Abfallverwertungsprogrammes, das seit 1995 in Zusammenarbeit mit der dänischen Firma *Chem-control A/S* durchgeführt wird, neue Anlagen zur Wiederverwendung, Behandlung und Entsorgung von gefährlichen Abfällen errichtet.

Parallel dazu ist ein nationales Programm zur Müllvermeidung angelaufen. Im Schnitt liegt die jährliche Abfallproduktion derzeit bei etwa 350 kg pro Person; angestrebt wird eine Reduktion auf 250 – 300 kg.

3. Bildung

3.1. Vorschulen

Die vorschulische Erziehung bis zum 7. Lebensjahr ist fakultativ und damit nicht Teil des estnischen Regelschulsystems; sie beinhaltet Krippen (für Kleinkinder bis 3 Jahre) und Kindergärten (von 3–7). Beide Vorschultypen existieren sowohl öffentlich (staatlich oder kommunal) als auch privat, weshalb die den Eltern entstehenden Kosten erheblich schwanken. In der Regel werden die Kosten jedoch zu 80–90% von den Kommunen getragen. Im Jahr 2001 besuchten 33% der Unter-Dreijährigen und 64% der Unter-Sechsjährigen eine solche vorschulische Betreuungseinrichtung. Der Anteil der Kinder, die keine Aufnahme finden können, beträgt etwa 10%. Die Zahl der privaten Kinderbetreuungseinrichtungen ist noch relativ niedrig.

3.2. Regelschulen

Schulpflicht besteht zwischen dem 7. und dem 17. Lebensjahr bzw. bis zum Ende der 9 Jahre dauernden Grundschule (Primar- und Hauptschule). Auf diese folgt entweder eine dreijährige Sekundarschule/Gymnasium (16–18), eine mindestens dreijährige Berufsschule (16–18/19) bzw. eine weiterführende Berufsschule (19–21). Der Besuch von Sekundar- und Berufsschulen ist an ein positives Abschlusszeugnis der Grundschule geknüpft. Für manche weiterführende Berufsschulen wird überdies ein positiver Sekundarabschluss verlangt.

Grundsätzlich herrscht – nach Maßgabe der freien Plätze – freie Schulwahl. Die Regionalverwaltungen sind jedenfalls verpflichtet, jedem Kind einen Schulplatz in seiner Gemeinde zur Verfügung zu stellen. In der Regel handelt es sich bei diesen Schulen um kommunale Einrichtungen. Der Schulbesuch in den vom Staat finanzierten oder von den Gemeinden betriebenen Schulen, die der gemeinsamen Oberaufsicht des Bildungsministeriums und der regionalen Schulinspektoren unterstehen, ist kostenlos. Allerdings wurde in den letzten Jahren bereits des öfteren über die Einführung von Schulgebühren im staatlichen Bildungswesen diskutiert.

Neben den öffentlichen Schulen haben sich in den letzten zehn Jahren auch einige Privatschulen etabliert, die von Privatpersonen oder privaten Institutionen (z.B. Religionsgemein-

schaften) betrieben werden. Diese privaten Bildungseinrichtungen umfassen vorschulische Betreuungseinrichtungen (*koolieelne lasteasutus*), Schulen (*kool*), Berufsschulen (*kutseõppeasutus*), angewandte höhere Schulen (*rakendusõrgkool*), Universitäten (*ülikool*) sowie spezielle Schulen und Bildungseinrichtungen für Erwachsene. Private Schulen, deren Lehrangebot 120 Stunden im Monat übersteigt, benötigen eine vom Bildungsministerium auszustellende Lehrbefugnis, um die vor Aufnahme der Lehrtätigkeit angesucht werden muss. Die Lehrer-Innengehälter und Schulbücher an den privaten Regelschulen werden zwar vom Staat bezahlt, dennoch wird Schulgeld eingehoben.

Derzeit besuchen nur etwa 5% der SchülerInnen eine private Bildungseinrichtung.

3.3. Hochschulen

Grundsätzlich kennt Estland zwei Arten von Hochschulen: Universitäten und Angewandte Höhere Schulen; eine angewandte höhere Schulbildung wird auch von manchen Universitäten und weiterführenden Berufsschulen angeboten. Der Zugang zu den Hochschulen ist an bestimmte Auflagen gebunden, die vom Bildungsministerium und z.T. von den Schulen selbst festgelegt werden. Die StudentInnenzahl wird vom Ministerium festgelegt; jede Höhere Schule kann darüber hinaus gegen Studiengebühr zusätzliche Plätze vergeben.

Mit dem Studienjahr 2002/2003 wurde die Finanzierung der estnischen Hochschulen neuerlich reformiert. Eingeführt wurde eine leistungsbezogene Finanzierung, die die Höhe der öffentlichen Förderung auch an die Zahl der AbsolventInnen knüpft. Außerdem wurde ein Konsultationsmechanismus mit den Sozialpartnern eingeführt, der nationale Prioritäten im Hochschulbereich festlegen soll; derzeit sind dies Maschinenbau, Bio-, Informations- sowie Umweltwissenschaften. Gleichzeitig wurden jene Fächer determiniert, die nicht mehr oder weniger stark gefördert werden sollen (Rechts-, Wirtschafts- und Handelswissenschaften); in diesen Bereichen wird den Universitäten nur noch eine minimale staatliche Förderung gewährt, um eine Grundversorgung mit AbsolventInnen aus diesen Fächern zu gewährleisten. StudentInnen dieser Fachrichtungen müssen demnach bereit sein, ihr Studium (zum Teil) selbst zu finanzieren.

Im Bereich der Universitäten und der Höheren Schulen ist die graduelle Privatisierung des estnischen Bildungssektors am stärksten spürbar. Von den 10 Universitäten des Landes sind 6 öffentliche Einrichtungen und 4 private. Aufgrund der höheren Studiengebühren an den privaten Hochschulen bieten diese höhere Gehälter als die staatlichen Lehranstalten, was sie für ausländische Lehrkräfte – und in der Folge natürlich auch für wohlhabendere StudentInnen – attraktiv macht.

Private Hochschulen und Universitäten finanzieren sich aus Studiengebühren, Stiftungsgeldern, Spenden, Einkommen und öffentlichen Zuschüssen.

Die Studiengebühren an Privatschulen sind sehr unterschiedlich hoch und reichen von 20 EEK monatlich bis zu 1.500 US \$ pro Studienjahr. Mehr als 30% der HochschulanfängerInnen sind in privaten Lehranstalten.

4. Energie

Die größten Energieversorgungsunternehmen des Landes sind das Strom- und Wärmeversorgungsunternehmen *Eesti Energia* und das Gasversorgungsunternehmen *Eesti Gaas*. Die Privatisierung des Energiesektors wurde bereits 1996 in die Wege geleitet, ist allerdings nach einer Reihe von Pannen noch immer nicht abgeschlossen.

Ein wesentlicher Vorteil der estnischen Energiewirtschaft im Vergleich zu Lettland und Litauen besteht darin, dass Estland im Nordosten des Landes über bedeutende Ölschiefervorkommen verfügt. Etwa 90% der landeseigenen Strom- und Wärmeversorgung können durch die Verbrennung von Ölschiefer in zwei großen Kraftwerken an der russischen Grenze gesichert und dadurch die Abhängigkeit vom mächtigen östlichen Nachbarn, der Russischen Föderation, auf ein Minimum reduziert werden.

Allerdings ist dies zugleich eine wenig effektive, weil kostspielige und extrem umweltbelastende Energiequelle, die in einigen Landesteilen für eine dramatische Umweltverschmutzung verantwortlich ist. Besonders problematisch ist die anhaltende Luftverschmutzung in der Region *Ida-Virumaa*. Bei der Verbrennung von Ölschiefer entstehen 88% des Gesamtausstoßes an Stickstoff und 95% des Staubs (feste Partikel) in Estland. 60% des verbrannten Ölschiefers bleiben als Aschen zurück, die auf Halden gelagert werden müssen. Hinzu kommt das Problem der Landschaftszerstörung durch den Tagbau, in dem der Ölschiefer gewonnen wird.

Die EU hat in den Beitrittsverhandlungen mit Estland den Ölschiefer zwar als nationale Energieressource anerkannt, doch müssen die Schadstoffemissionen, die die höchsten im gesamten EU-Bereich sind, bis zum Jahr 2012 auf ein den europäischen Standards bei Effizienz und Schadstoffausstoß entsprechendes Maß reduziert werden. Der *Quest Economics Report* schätzt, dass eine komplette Modernisierung der Großkraftwerke und ihre Ausstattung mit teurer Umwelttechnologie etwa 1 Mrd. US \$ kosten würde. Damit aber würden die Energiepreise, die unter dem Druck des IMF bereits um 38% angehoben wurden, weiter steigen. Allerdings hatte auch die Umstrukturierung der estnischen Wirtschaft nach 1991 zur Folge, dass der Primärenergieverbrauch und damit auch der Einsatz von Ölschiefer bereits stark zurückgegangen ist.

Um die Modernisierung der beiden Ölschieferkraftwerke, die der staatlichen *AG Narva Elektriijaamad* gehören, zu gewährleisten, wollte die estnische Regierung den amerikanischen Elektrizitätskonzern *NRG-Energy*, der bereits an einem britischen und vier deutschen Kraftwerken beteiligt ist, mit 49% als strategischen Partner gewinnen. Die Amerikaner waren nicht nur bereit, 55 Mio. US \$ als Kaufpreis zu bezahlen, sondern wollten auch 361 Mio. US \$ zur Modernisierung der alten Sowjettechnik investieren. Estlands damaliger Premier *Mart Laar*, Chef einer Mitte-Links-Koalition, lobte das bevorstehende Geschäft mit den Amerikanern – in erster Linie aus politischen Gründen. „Wer könnte ein besserer Fürsprecher Estlands bei der US-Regierung sein, als amerikanische Firmen, die bei uns Gewinn machen wollen?“ meinte *Laar*.

AG Narva Elektriijaamad hielt nicht nur 51% der staatlichen Ölschieferfördergesellschaft *Eesti Polevkivi* – die beiden *Narva*-Kraftwerke produzieren auch 90% von Estlands Energiebedarf, wodurch *NRG* praktisch zum Monopolisten geworden wäre. Als bekannt wurde, dass *NRG* plante, bis zu 1.200 der insgesamt 2.000 Beschäftigten der beiden Kraftwerke zu entlassen und den Strompreis um 20% zu erhöhen, regte sich – auch in den Reihen bürgerlicher Politiker – erheblicher Widerstand gegen das Projekt. Eine Petition gegen den Verkauf wurde von immerhin 250.000 Esten unterzeichnet.

Kurz vor dem Rücktritt der Mitte-Links-Koalition von Premier *Mart Laar* im Januar 2002 annullierte das estnische Kabinett den geplanten Verkauf. Gegenwärtig hält die staatliche Holdinggesellschaft *Eesti Energia* weiterhin 100% der *AG Narva Elektriijaamad* und der *Eesti Polevkivi*.

Die estnische Regierung steht vor einem Dilemma – entweder (auch ausländische) Investitionen bei der Modernisierung des Ölschiefersektors zuzulassen und dadurch ein gewisses

Marktrisiko einzugehen oder auf Investitionen zu verzichten und sowohl die zukünftige Abhängigkeit von Energieimporten als auch die struktur-, sozial-, regional- und sicherheitspolitischen Probleme durch den Zusammenbruch des Ölschiefersektors in Kauf zu nehmen.

Für Estland wäre eine reale Marktöffnung erst durch die technische Integration des eigenen Energiesystems in den skandinavischen Energieverbund *NORDEL* möglich. Dazu bedarf es allerdings der Verlegung eines Meereskabels nach Finnland. Das estnische Wirtschaftsministerium schätzt die Investitionen dafür auf etwa 0,8 Mrd. €. Die Vorbereitungen dazu laufen bereits, es wird allerdings noch einige Jahren dauern, bis Estland auch technisch zum gemeinsamen EU-Markt gehören wird. Zur Zeit sind die Preise für die Kleinverbraucher in Estland noch etwa um 1/3 billiger als in Schweden und Finnland. Doch könnten schon die höheren Umweltauflagen beim EU-Beitritt weitere Preiserhöhungen mit sich bringen.

Insgesamt scheint es ratsam, durch die Industriepolitik eine Risikostreuung anzustreben: Keine zu optimistischen Investitionen in die Ölschieferenergie, sondern ein allmähliches Ersetzen der Ölschieferenergie durch alternative Energie und Importe; nur auf die Importe zu setzen wäre wiederum für die Zahlungsbilanz negativ.

Alternative Energieträger stecken noch in den Kinderschuhen. Bei der Gewinnung von Wärme und Elektrizität kommt nur ein verschwindend geringer Anteil aus erneuerbaren Energiequellen. Erste Ansätze, um das Ziel von 5% an alternativen Energieträgern bis zum Jahr 2010 zu erreichen, sind aber erkennbar. Durch verstärkten Einsatz von Windkraft – seit Oktober 2002 arbeitet eine von Deutschland geförderte Windkraftanlage an der Westküste – und Biomasseanlagen sollen die Weichen hierfür gestellt werden. Weil die erneuerbaren Energiequellen jedoch nur maximal 15% des estnischen Energieverbrauchs decken könnten, scheint die Errichtung von Gaskraftwerken (auf der Basis von russischem oder norwegischem Gas) in der bisherigen Ölschieferregion sinnvoll, wodurch auch der Arbeitsmarkt etwas entlastet werden könnte.

Darüber hinaus drängen die drei baltischen Staaten auf ein gemeinsames baltisches Energiesystem mit enger Anbindung an Nord- und Zentraleuropa. Im Jahr 2000 unterzeichneten Estland und Lettland einen *letter of intent* für eine engere Zusammenarbeit und eine mögliche Fusionierung ihrer staatlichen Energiegesellschaften *Eesti Energia* und *Latvenergo*, die sich gut ergänzen könnten (Lettland hat Wasser, Estland Ölschiefer). Möglich wäre auch eine Erweiterung um das litauische Energieunternehmen *Lietuvos energija*, das allerdings bereits z.T. privatisiert wurde.

In anderen Bereichen wurde die Privatisierung bereits abgeschlossen:

- *Coastal Baltic Holdings*, ein niederländisch-schwedisch-amerikanisches *joint venture*, erstand 1996 die nationale Ölgesellschaft *Esoil* für 10 Mio. US \$.
- Das Tankstellennetz wird von der finnischen *Fortum* (*Neste*) dominiert, die in Estland 1996 mit der Errichtung von Selbstbedienungstankstellen begann.
- *Fortum* besitzt mit *Fortum Termest* auch ein Kraftwerk, das Groß- und Kleinkunden im Raum *Tallinn* mit Strom und Wärme beliefert und mit *Fortum Elekter* über ein eigenes Vertriebsnetz verfügt.
- *Fortum* besitzt darüber hinaus 15% von *Eesti Gaas* (63% der Anteile werden bereits seit längerem von der deutschen *Ruhrgas* und der russischen *Gazprom* gehalten).
- Das ostestnische Stromnetz *Narva Elektrivork*, das neben 40.000 Privatkunden auch große Teile der estnischen Schwerindustrie beliefert, wurde von der amerikanischen *Cinergy Global Power Inc.* (gemeinsam mit der estnischen Investorengruppe *Sthenos*) erworben.

5. Gesundheit

Die Neuorganisation des estnischen Gesundheitswesens, das noch unter den strukturellen Problemen aus der Zeit vor der Unabhängigkeit des Landes leidet, wurde bereits 1991 eingeleitet und wird derzeit auf der Grundlage des vom Parlament im Juni 2002 verabschiedeten neuen Krankenversicherungsgesetzes fortgeführt.

Der Reformbedarf ergibt sich v.a. aus zwei Faktoren:

1. Die Ausgaben im Gesundheitswesen stehen in keiner Relation zur Wirtschaftsleistung des Landes; es gibt – gemessen an der Einwohnerzahl – eine zu hohe Spitalskapazität und zu viele ÄrztInnen und medizinisch-technisches Personal.

So lag die Zahl der ÄrztInnen in Estland im Jahr 1999 mit 307 auf 100.000 EinwohnerInnen wesentlich höher als in den Nachbarstaaten und nur geringfügig niedriger als im EU-Schnitt (353/100.000 im Jahr 1998). DentistInnen gab es im selben Jahr 70,2 auf 100.000 (EU: 68,6/100.000 im Jahr 1998) und Hebammen 38,4 auf 100.000 (EU: 19,5/100.000 im Jahr 1997).

2. Parallel zur Überkapazität im sekundären (= stationäre Krankenhausversorgung) und tertiären (= Langzeitpflege) Sektor ist der primäre Sektor unterentwickelt.

Grundsätzlich gibt es drei Arten von Spitälern:

- Auf Gemeindeebene (40 – 60 Betten), für interne Medizin und Langzeitbehandlung.
- Auf Bezirksebene (180-200 Betten), mit Spezialabteilungen.
- In Tallinn und Tartu, mit Spezialkliniken bzw. Universitätskliniken.

Bis 1998 wurde die primäre Gesundheitsversorgung von Ambulatorien geleistet, die von den Gemeinden geführt wurden und mit je einem Internisten, einem Kinderarzt und Krankenschwestern besetzt waren. Diese Ambulatorien waren zumeist unzureichend ausgestattet, ihre MitarbeiterInnen schlecht bezahlt und ebenso motiviert, weshalb sie sich nur geringer Beliebtheit in der Bevölkerung erfreuten. Viele PatientInnen mieden diese Zentren und wandten sich im Krankheitsfall direkt an die SpezialistInnen. Erst in den frühen 90er-Jahren wurde mit dem Aufbau eines Hausarztssystems begonnen. 1995 wurde überdies ein geringer Unkostenbeitrag (5 EEK) eingeführt – allerdings wurden auf politischen Druck sehr viele Ausnahmen geschaffen.

Für die sekundäre Versorgung stehen SpezialistInnen in Polikliniken, Spitalsambulanzen und Privatpraxen zur Verfügung. Diese ÄrztInnen besitzen in der Regel Verträge mit den Krankenkassen und verrechnen fixe Tarife für bestimmte Leistungen. In den Bereichen der Zahn-, Augen- und HNO-Medizin, der Frauenheilkunde und der Urologie gibt es einen rasch wachsenden privaten Sektor. Manche dieser ÄrztInnen besitzen auch einen Kassenvertrag, sodass die PatientInnen nur die Differenz zu bezahlen haben.

Die Verwaltung der Krankenversicherung wurde 1991 erstmals reformiert; damals wurden 17 dezentrale Krankenkassen geschaffen. Erfahrungen in anderen Staaten zeigten allerdings, dass die Mindestzahl der Versicherten bei 400.000 – 600.000 pro Kasse liegen sollte, was in Estland bloß 3 – 4 Kassen rechtfertigen würde. Die Dezentralisierung der Krankenkassen war jedenfalls kein Erfolg und schon in den späten 90er-Jahren wurde die Einrichtung einer zentralen Kasse mit 3 – 5 regionalen Kassen ins Auge gefasst. 2001 wurde die zentrale estnische Gesundheitsversicherung mit 7 regionalen Kassen eingerichtet. Zwischen den Kassen gibt es keinen Wettbewerb.

Die Krankenversicherung umfasst drei Bereiche: medizinische Behandlung, Kranken- und Mutterschaftsgeld sowie Zuzahlungen für Medikamente (90-100% für Medikamente über 20 EEK, 50% für solche zwischen 50 und 200 EEK). Viele Medikamente sind allerdings vom Ersatz ausgenommen.

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sind in die Krankenversicherung integriert. Von der gesetzlichen Krankenversicherung werden neben den BeitragszahlerInnen auch alle unter 18-Jährigen, VollzeitstudentInnen, RentnerInnen, Schwangeren und gemeldeten Arbeitslosen erfasst. Ende 1999 waren 1,3 Mio. Personen versichert, geschätzte 5–8% der Bevölkerung waren es nicht. Die gesetzliche Krankenversicherung deckt die meisten medizinischen Leistungen mit Ausnahme der „nicht indizierten“ Behandlungen (kosmetische Operationen, alternative Therapien etc.).

Im Jahr 2000 wandte Estland 6,1% des BIP für Gesundheitsdienste auf (EU-Schnitt: 8,7%). Private Selbstbehalte und Zuzahlungen machten im Jahr 2000 bereits 23,3% der gesamten Gesundheitskosten aus. Der Abschluss einer privaten Krankenversicherung ist möglich, allerdings nur als zusätzliche Leistung (kein *opting-out*).

Im Gesundheitssektor vollzieht sich derzeit ein rascher Wandel. Die Anzahl der Spitäler und der Spitalsbetten wurde in der letzten Dekade erheblich reduziert (von 19.000 Ende der 80er-Jahre auf 10.500 im Jahr 1998). Kleinere Spitäler verloren ihren Krankenhausstatus und wurden in Pflegeheime umgewandelt, andere in Ambulanzen für Erste Hilfe. Dennoch gab es Ende 2001 immer noch 67 Spitäler für knapp 1,4 Mio. Einwohner (= ein Spital für 20.000 Einwohner).

Die Zahl der Betten (6,5) und der ÄrztInnen (2,9) pro 1.000 EinwohnerInnen liegt mittlerweile unter dem EU-Schnitt (6,6 Betten, 3,4 ÄrztInnen). Stark reduziert wurde auch die durchschnittliche Spitalsaufenthaltsdauer: 1985 betrug sie noch 18,2 Tage (EU: 15,1), 1998 nur noch 10,3 (EU: 10,2 im Jahr 1997), und 1999 nur noch 9,9. Stark rückläufig ist auch die Zahl der Ambulanzbesuche: 1986 waren es 9,6 pro Person und Jahr, 1999 nur noch 6,3.

Der Privatsektor hat sich seit 1990 stark entwickelt. Entstanden sind private Ambulanzen, Spezialkliniken, Rehabilitationszentren und Apotheken (von den 250 Apotheken des Landes sind 235 privat, 13 kommunal, 2 gehören zur Universität von Tartu) – und auch die meisten ZahnärztInnen ordinieren privat. Praktizierten Anfang 1994 noch 361 PrivatärztInnen in Estland, so waren es im September 1995 bereits über 1.700. In den Privatsektor abgewandert sind v.a. die am höchsten qualifizierten ÄrztInnen. Obwohl ihre Honorare für einen großen Teil der Bevölkerung unerschwinglich sind, fehlt es diesen privaten ÄrztInnen nicht an PatientInnen.

6. Kultur

In der Sowjetzeit trat der Staat im Kulturbereich als Hauptfinanzier und Zensor zugleich auf. Erste Schritte in Richtung Liberalisierung und Privatisierung gab es allerdings schon vor 1991 – so etwa wurde der erste private Verlag bereits 1987 gegründet. Die Zensur der Massenmedien wurde 1990 eingestellt.

Die ersten Jahre der Unabhängigkeit (1991–95) waren durch die Privatisierung vieler Kulturinstitutionen gekennzeichnet. In dieser Zeit wechselten nahezu alle Institutionen den Besitzer oder die Organisationsform. Die neuen BesitzerInnen wurden allerdings verpflichtet, die Hauptaufgaben zumindest fünf Jahre lang weiter zu führen.

Die größten Veränderungen gab es in den Bereichen Verlage, Film, Rundfunk und kulturelles Erbe, wo viele historische Bauten an ihre früheren EigentümerInnen oder an deren ErbInnen restituiert wurden. Durch die Rückgabe der Objekte ergaben sich zahlreiche Probleme, da den neuen BesitzerInnen oft die Mittel, die Kompetenz und die Motivation zum Erhalt fehlte. Gerade im Bereich des Denkmalschutzes kam es häufig zu Interessenskollisionen. In *Tallinn* etwa wurden einige Stadtbereiche als erhaltens- und schützenswert klassifiziert, ohne dass dies konkrete Auswirkungen auf die praktische Stadtplanung gehabt hätte.

Die Strukturen in den Bereichen Theater, Bibliotheken und Museen blieben weitgehend unverändert. Das Konzertwesen hingegen wurde fast völlig privatisiert.

Im Jahr 2001 gab es landesweit insgesamt 182 Museen (gegenüber 77 im Jahr 1990). Manche sind staatlich, andere kommunal oder privat; insgesamt verwalten diese Museen über 6 Mio. katalogisierte Objekte (davon 3,4 Mio. in den staatlich finanzierten Museen). Die estnischen Museen zählen über 1,5 Mio. BesucherInnen jährlich. Der Großteil der für Museen reservierten Finanzmittel geht für den Erhalt bzw. die Renovierung der z.T. desolaten baulichen Substanz auf.

Im Jahr 2001 gab es in Estland etwa 30 kleinere und größere Theaterbetriebe (staatliche, kommunale sowie private). Insgesamt erhielten 18 Theater finanzielle Unterstützungen aus dem Staatsbudget: Die Nationaloper in *Tallinn* (öffentlich-rechtliches Unternehmen); 4 staatliche Repertoire-Theater in *Tallinn*; 4 Repertoire-Theater in den Städten *Rakvere*, *Tartu*, *Viljandi* und *Pärnu*; 2 kommunale Theater (das städtische Theater in *Tallinn* und das Stadt-Theater in *Saaremaa*); sowie 7 private Theater (4 davon in *Tallinn* und 3 in den nordost-estnischen Städten *Jõhvi* und *Narva*). Bei den Privaten stellen diese öffentlichen Subventionen etwa 30% des Budgets dar (Erlöse aus Ticketverkauf 25%; Sponsorengelder 15%; Beiträge der lokalen Verwaltungen 12%).

Die Hauptmotive hinter der Privatisierung waren in erster Linie ökonomisch und nicht so sehr ideologisch. Viele privatisierte Bereiche (v.a. Kinos) mussten schließen. Gleichzeitig zeigte sich die estnische Wirtschaft nicht besonders interessiert an der Kulturförderung. Sehr aktiv waren dagegen diverse NGOs, v.a. im Bereich Festivals, moderner Tanz und Theater. Ihre Aktivitäten sollen durch die steuerliche Absetzbarkeit von privaten Spenden im Bereich der Kultur gefördert werden (Gleichstellung mit Kirchen, Parteien, Universitäten).

1995–96 war eine Periode reger Diskussionen. Das Ministerium für Kultur und Erziehung befand, dass der Privatisierungsprozess abgeschlossen sei. Neu eingeführt wurden staatliche Kulturstiftungen, die eine jährliche Zuwendung aus dem Budget erhielten. Diese Stiftungen konnten über ein gewisses Budget unabhängig verfügen und als Förderer auftreten. Die wichtigste dieser Stiftungen war die 1994 gegründete *Estonian Cultural Endowment (Kultuurikapital)*, gegründet mit dem Ziel, unterschiedliche Kulturprojekte zu fördern. Tatsächlich aber mussten die meisten Mittel zum Erhalt der bereits bestehenden Institutionen aufgewendet werden.

Seit 1995 konzentrierte sich die Debatte um verschiedene Kulturneubauten (Musikakademie, Kunstmuseum, Ethnographisches Museum, Theater). Von diesen Projekten wurden die *Musikakademie* und das *Department of Foreign Art* des *Kunstmuseums* in *Tallinn* mittlerweile vollendet. Ein Hauptziel der staatlichen Kulturpolitik war es, das existierende kulturelle Netzwerk gegen weitere Budgetkürzungen zu verteidigen. Es herrscht ein weitgehender Konsens darüber, dass die Kulturpolitik trotz der chronischen Knappheit der Mittel die Kontinuität (auch in den Bereichen klassischer Musik oder Film) gewährleisten muss und nicht nur den Marktmechanismen gehorchen darf. Trotz umfangreicher Kürzungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Erziehung konnte die Kultur ihren Anteil am Budget bewahren (2002: 74,5 Mio. €, davon 5,5 Mio. für die *Estonian Cultural Endowment*). Das neue Glückspielgesetz (*Gambling Tax Act 2002*) sieht übrigens vor, dass die Stiftung von den Glückspieleinnahmen zur Errichtung von Kulturgebäuden profitieren soll. Gleichzeitig stieg der Anteil der regionalen Verwaltungen an den gesamten Kulturausgaben auf über 37%.

7. Medien

7.1. Printmedien

1990 war Estland mit 523 verkauften Zeitungen pro tausend Einwohner eines der Länder mit der weltweit höchsten Zeitungsrate. Diese Rate sank bis Mitte der 90er-Jahre auf nur noch 171 verkaufte Zeitungen pro tausend Einwohner, was auf den Wandlungsprozess zurückzuführen ist, den der estnische Zeitungsmarkt seit der Unabhängigkeit durchmacht.

In Estland herrscht eine überaus liberale Medienpolitik. Der Printbereich wird überwiegend privat betrieben, und es gibt keine ihn ordnenden Gesetze. So zum Beispiel ist zum Betrieb einer Zeitung keine Lizenz erforderlich. Allerdings besteht eine Selbstkontrolle durch den nationalen Presserat (*Avaliku Sõna Nõukogu, ASN*).

In Estland gibt es derzeit etwa 790 regelmäßig erscheinende Druckerzeugnisse. Die meisten davon sind lokal und thematisch begrenzte Blätter, von denen aus nationaler Perspektive der ganz überwiegende Teil bedeutungslos ist. Dennoch ist die Zeitungsdichte im Verhältnis zur Bevölkerungszahl sehr groß, was zu einer enormen Konkurrenz auf dem Zeitungsmarkt führt. Es gibt 39 Tageszeitungen, davon 12 russischsprachige (aus Estland). Insgesamt gibt es 6 landesweite Zeitungen mit einer täglichen Gesamtauflage von 200.000 Stück. Die größten Blätter sind die Boulevardzeitung *SI Õhtuleht* (Auflage 64.000), der etwas seriösere *Postimees* (58.000) und der ebenfalls „bunte“ *Eesti Päevaleht* (42.000). Bedeutendste Wochenzeitungen sind der „sehr bunte“ *Eesti Ekspress* (52.000) und der ländlich orientierte *Maaleht*.

Der Markt wird von den beiden internationalen Konzernen *Bonnier* (Schweden) und *Schibsted* (Norwegen) dominiert, die zusammen die fünf auflagenstärksten Blätter herausgeben. Das einzige staatliche Medienunternehmen ist *Perioodika* mit 11 verschiedenen Titeln.

Da von den nationalen TV-Sendern nur *ETV* einmal am Tag russischsprachige Nachrichten im Programm hat, kommt den derzeit vier landesweit in russischer Sprache erscheinenden Zeitungen große Bedeutung bei der Information der zahlenmäßig starken russischen Minderheit zu. Da die potenzielle russischsprachige Leserschaft im Vergleich zu den „ethnischen Esten“ über durchschnittlich 20% weniger Einkommen verfügt, ist vielen RussInnen der tägliche Kauf einer Zeitung unmöglich. Folge davon sind wirtschaftliche Schwierigkeiten, die den Fortbestand der russischsprachigen Blätter gefährdet erscheinen lassen. Ihre Auflagen sind dementsprechend gering. Die höchsten Auflagen unter den russischsprachigen Blättern haben die *Estonija* (5.000 – 11.000) und die wöchentliche *Vesti Nedelja* (23.000).

7.2. Rundfunk

Grundsätzlich geht das estnische Rundfunkgesetz von 1994 von einem freien und privaten Rundfunksystem aus. Die Rundfunkveranstalter benötigen eine Lizenz, die das Ministerium für Transport und Kommunikation vergibt. Der Schutz Minderjähriger wird an verschiedenen Stellen im Gesetz erwähnt und hat insgesamt relativ große Bedeutung.

1990 wurden das öffentlich-rechtliche *Eesti Televisioon (ETV)* und *Eesti Raadio (ER)*, mit 4 Programmen) als unabhängige Sendeanstalten mit eigenem Statut eingerichtet. Aufgabe des öffentlichen Rundfunks ist es, die estnische Kultur zu fördern, der Öffentlichkeit die Weltkultur zugänglich zu machen, ein ausgeglichenes Programm auf hohem Niveau anzubieten, das Nachrichtenbedürfnis aller Volksgruppen zu bedienen, Ereignisse des öffentlichen Lebens für die Zukunft festzuhalten, Eigenproduktionen herzustellen, die estnische Sprache, Nation und Kultur zu schützen, die Staatlichkeit zu stärken, dem internationalen Ansehen Estlands zu dienen und jedermann zur Beachtung von Menschenwürde, Gesetzen, Moral und Minderheitenrechten anzuhalten. Der Anteil der nationalen Programme soll zumindest 51% betragen.

ETV und *ER* finanzieren sich durch staatliche Zuschüsse (55% bei *ETV* und 75% bei *ER* im Jahr 1995, 63% bei *ETV* im Jahr 1999), Werbeeinnahmen (27% bei *ETV*, 20% bei *ER*), Spenden sowie Einnahmen durch Vermietungen oder Vermarktungen; vorgesehen sind darüber hinaus gesetzlich festzulegende Rundfunksteuern, die es allerdings derzeit noch immer nicht gibt. Die Aufsicht hat ein Rundfunkrat mit 9 Mitgliedern, die vom Parlament auf 6 Jahre bestimmt werden.

Jeder, der eine kommerzielle Rundfunkstation aufbauen möchte, kann sich um eine Lizenz bewerben. Die Lizenzen werden vom Kulturministerium auf maximal 5 Jahre vergeben.

Lizenzen können nur estnische StaatsbürgerInnen mit Wohnsitz oder Aktiengesellschaften, die zumindest zu 51% in estnischem Besitz sind, erwerben. Die ersten privaten Radiostationen gingen bereits 1990 *on air*. Die erste Lizenz für privates Fernsehen wurde 1992 vergeben.

Heute gibt es 30 private Radios (15 davon mit lokaler Lizenz, 14 mit regionaler, 1 mit internationaler) und 2 große private Fernsehanstalten: *TV3* und *Kanal 2* (beide haben ihre Lizenz 1999 erhalten).

Mindestens 5% der täglichen Sendezeit jedes Programms soll mit Nachrichteninhalten gefüllt sein. Exklusive von Nachrichten, Sportsendungen, Werbung usw. sollen mindestens 10% der monatlichen Sendezeit mit Eigenproduktionen gefüllt werden, die sich mit dem Estland der Gegenwart oder dem estnischen Kulturerbe befassen. Wenigstens die Hälfte davon soll in der Hauptsendezeit (19 – 23 Uhr) gesendet werden.

Der Werbeanteil eines Programms ist mit 5% beim öffentlichen Rundfunk, 20% beim privaten Radio und 15% beim privaten TV begrenzt. Innerhalb einer Stunde darf der Anteil 12 Minuten nicht übersteigen. WerbekundInnen dürfen keinen Einfluss auf das Programm ausüben.

7.2.1. Radio

Radio Estland (ER) war in den 70er-Jahren die erste Station der UdSSR mit Werbung. Von 1991 bis 1999 hat sich die Zahl der privaten Radios auf über 30 erhöht, davon etwa 20 im Raum *Tallinn*. Nach den inflationären Sendergründungen in der Mitte der 90er-Jahre hat sich der Markt auf diesem sehr hohem Niveau stabilisiert. Allerdings sprechen ExpertInnen von einem Überangebot an Radiosendern und einer insgesamt schwierigen Lage. So werden in den nächsten Jahren voraussichtlich einige Sender dem scharfen Wettbewerb zum Opfer fallen.

Nur die vier Programme des öffentlich-rechtlichen estnischen Hörfunks *ER* senden landesweit, davon ein Programm in russischer Sprache (aber auch in ukrainisch etc.). Das jährliche Budget von *ER* beträgt etwa 30 Mio. EEK.

Privatradios wurden zu Beginn v.a. von einheimischen Aktiengesellschaften betrieben. Die größte war *AS Trio* mit 10 lokalen Radios (davon 2 russische). 1998 kaufte die US-Gesellschaft *Metromedia International* 49% der Anteile von *Trio*. Heute ist der private Radiomarkt größtenteils in ausländischer Hand und wird im wesentlichen von drei Konzernen dominiert:

- *Sky Media Group* (vorrangig russische Geldgeber) mit *Sky Radio*, *Sky+*, *Ruskoje Radio*.
- *Trio Group* (US-Metro Media und estnische Geschäftsleute) mit *Kuku*, *Uuno*, *Elmar*, *Eeva*, *Raadio 100*, *Katjuscha*.
- *Modern Times Group* (Schweden) mit *Star-FM*, *Powerhitradio*.

Das öffentlich-rechtliche Radio behauptet mit seinen 4 Kanälen eine relativ gute Position. Die drei von der estnischen Bevölkerung meist gehörten Sender sind *Vikkeraadio* (= *ER1*) mit 15,4% Marktanteil, *Elmar* (14,6%) und *ER4* (8,2%). Die beiden meistgehörten russischsprachigen Sender sind *ER4* (26%) und *Ruskoje Raadio* (19%).

Charakteristisch für die Privaten, deren Anteile dennoch kontinuierlich steigen, ist ihre mangelnde Programmviefalt. Aus journalistischer Sicht ist das Angebot wenig gehaltvoll. Der ganz überwiegende Teil versteht sich als Hitradios und sendet stündlich nur ca. 5 Minuten Nachrichten. Eine gewisse Ausnahme stellen unter den landesweit bedeutsamen Stationen *ER4*, *ER2* und *Raadio Kuku* dar, die in Themensendungen umfangreichere Wortbeiträge im Programm haben. Die beiden letzteren senden zudem halbstündig Nachrichten. Wegen unzureichender Einschaltquoten scheiterte Anfang 1999 das Projekt eines reinen Nachrichtenkanals nach nur wenigen Monaten.

In Bezug auf das Radio wird beklagt, dass gerade vor dem Hintergrund der professionellen „alten Garde“ von JournalistInnen, die im tagtäglichen Kampf gegen die sowjetischen Zensur sensibilisiert war und die vor allem in den Jahren der Perestrojka großen politischen Einfluss ausübte, der qualitative Rückgang der Berichterstattung dramatisch sei. Es fehle, so wird beklagt, den jungen JournalistInnen vor allem an sozialer Verantwortung für ihre Tätigkeit. Trotz allem scheint der Anteil an „Kultur“ oder „Information“ im estnischen Radio immer noch deutlich über demjenigen in vergleichbaren westlichen Rundfunkprogrammen zu liegen.

7.2.2. Fernsehen

Von 1993–97 vergrößerte sich der estnische Werbemarkt auf das Dreifache – und im selben Zeitraum wurden 5 landesweite kommerzielle Sender errichtet. Allerdings hielten die Printmedien 1997 immer noch 48% des Werbekuchens, gefolgt von TV (27%) und Radio (10%). 1997 schloss das öffentlich-rechtliche *ETV* ein Abkommen mit den Privaten, in dem diese sich zur Subventionierung von *ETV* verpflichteten und *ETV* im Gegenzug auf Werbeeinnahmen verzichtete. 1998–99 gab es deshalb auf *ETV* keine Werbung. 1997 und 1998 waren allerdings auch die Jahre des wirtschaftlichen Einbruchs; der Werbemarkt schrumpfte beträchtlich, die Verluste der Sender wuchsen dramatisch, viele MitarbeiterInnen verloren ihren Job. Rundfunkgebühren einzuheben erlaubte die wirtschaftliche Situation der KonsumentInnen jedoch nicht. Wegen des Rückgangs bei den Werbeeinnahmen stellten die Privaten die Zahlungen ein und *ETV* begann wieder, Werbung zu schalten. Allerdings hatte *ETV* zu diesem Zeitpunkt seinen Werbemarkt bereits zum Großteil verloren. *ETV*, der anders als die meisten öffentlichen Sender in anderen osteuropäischen Staaten seinen Marktanteil bis 1997 halten konnte, begann nun auch Sendeanteile an die Privaten zu verlieren.

Nach diversen Fusionen gibt es gegenwärtig neben dem öffentlich-rechtlichen *ETV* noch 3 private TV-Sender, die allesamt von ausländischem Kapital dominiert werden:

- *TV3*, das 1996 durch den Zusammenschluss zweier Video- und Werbeprogramme entstanden war und zur schwedischen *Modern Times Group* gehört.
- *Kanal 2*, das 1993 als erster Privater gestartet war (Gründer war ein amerikanischer Produzent estnischer Herkunft) und nun zu *Schibsted* (Norwegen) gehört.
- *TV 1*, das sich von einem 1997 gegründeten Regionalsender zu einem landesweiten entwickelt hat und nun zum polnischen *Polsat* gehört.

Alle Programme sind terrestrisch empfangbar. Hinzu kommen vier Kabelnetze, die eine Vielzahl ausländischer Programme anbieten, darunter auch einen estnisch-russischen Kabelkanal.

Marktanteile in %	1997	1998	1999
ETV	35	19	17
Kanal 2	12	12	14
TV3	15	17	16
TV1	-	8	10
Russische	22	18	19
Satellit/Kabel	5	5	4

Auch beim Fernsehen gilt, dass der begrenzte Markt alle vier Sender zur Produktion von Vollprogrammen „für jedermann“ zwingt. Für Sparten- oder auch nur Zielgruppenprogramme ist kein Platz. Somit unterscheiden sich die vier Programme nur unwesentlich.

ExpertInnen sind sich darüber einig, dass es derzeit ein bis zwei eigenständige Sender zuviel gibt. Dennoch ist es noch zu keinen weiteren Übernahmen oder Schließungen gekommen, und zwar aus zwei wesentlichen Gründen: Erstens haben sich noch keine klaren Favoriten herausgebildet, so dass sich die Sender immer noch in einem prinzipiellen Behauptungskampf befinden. Zweitens streben die hinter den einzelnen Sendern stehenden ausländischen Konzerne baltische oder gar osteuropäische Sendernetze an. Darin könnten die einzelnen Stationen kostengünstiger arbeiten, da die Produktionen, Einkäufe und Vermarktungen für einen größeren Markt stattfänden. Der Konzern von TV3 ist diesen Weg mit seinen gleichnamigen Sendern in Lettland und Litauen sowie dem Kabelnetz VIASAT bisher am erfolgreichsten gegangen.

Obwohl es keinen eindeutig identifizierbaren Marktführer gibt, ist der öffentlich-rechtliche Sender ETV zur Zeit noch der Spitzenreiter. Verantwortlich dafür sind offenbar das etwas bessere Niveau der Nachrichtensendungen und der im Vergleich zu den Privaten größere Umfang von Eigenproduktionen. Etwa 60% seines jährlichen Haushaltes (ca. 80 Mio. EEK) erhält der Sender vom Staat. Da es keine Rundfunksteuern gibt, stammt das Geld aus der allgemeinen Staatskasse. Gelegentlich wird über die Einführung solcher Gebühren diskutiert, um die Finanzierung transparenter zu machen. Ernsthafte Pläne dazu gibt es allerdings nicht. Derzeit durchläuft ETV allerdings nicht nur eine schwere finanzielle, sondern auch eine Identitätskrise zwischen dem Rückzug auf die „nationale Kultur“ und einer programmatischen Anpassung an die private Konkurrenz. Ähnlich wie in Deutschland gibt es daher auch in Estland eine Diskussion über den Sinn und die Kosten eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Dramatisch gesunken ist die Popularität der russischsprachigen Medien, woran auch der Versuch, diese Medien zu einer Plattform für russische PolitikerInnen aufzubauen, wenig geändert habe. Als Hauptquelle für Informationen etablierten sich unter den RussInnen in Estland zusehends Moskauer oder Sankt Petersburger Fernsehsender.

1998 besaßen 92% der Bevölkerung einen Fernseher, 26% ein Videogerät, und 35% der Haushalte waren an das Kabelnetz angeschlossen. Heute verfügen bereits 97% der EinwohnerInnen Estlands über ein TV-Gerät, vor dem sie im Sommer 2000 durchschnittlich 3 Stunden und 47 Minuten verbrachten. Während einer Woche im August 2000 hatte ETV mit 29% den größten Anteil an der gesamten Einschaltdauer. Dahinter folgten TV3 (24%), Kanal 2 (21%), TV1 (14%) und der Petersburger ORT Balt (12%). Auch bei den Einschaltquoten ist ETV mit elf Plätzen unter den Top 20 der quotenträchtigsten Sendungen Spitzenreiter. Die Nachrichtensendung *Aktuaalne Kaamera* von ETV ist die meistgesehene Sendung des Landes.

Abschließend kann festgestellt werden, dass der estnische Journalismus die funktionale Wandlung vom systemimmanenten Sprachrohr zum gesellschaftlichen „watchdog“ gemeistert hat, obwohl damit auch eine Entprofessionalisierung der JournalistInnen, eine Hinwendung zum Sensationsjournalismus und ein deutlicher qualitativer Niedergang der

Berichterstattung verbunden war. Vor diesem Hintergrund kann der Einfluss der Privatisierung durch vornehmlich ausländisches Kapital aus Norwegen und Schweden kritisiert werden, doch hat andererseits nur dadurch der Erhalt einer breiten Medienlandschaft gesichert werden können, denn diese privaten Investoren haben die Transformation und Modernisierung erst möglich gemacht. Dennoch ist anzunehmen, dass grundsätzliche Entscheidungen bei den privaten Medien Estlands nicht mehr in *Tallinn* entschieden werden, sondern in Stockholm, Oslo oder anderswo. Auch wenn es derzeit noch keine Monopolbildungen gibt, ist eine Tendenz in diese Richtung schon jetzt klar zu erkennen. Insbesondere ist hiermit die starke Stellung der Konzerne *Bonnier* (Schweden) und *Schibsted* (Norwegen) gemeint.

8. Pensionen

Das estnische System sozialen Schutzes ruht auf zwei Säulen:

- Das Sozialversicherungssystem, welches Rentenversicherung, Krankenversicherung, Kindergeld, Arbeitslosenunterstützung und Sterbegeld beinhaltet und
- die Sozialfürsorge, die aus Unterstützungen in Form von Geldleistungen und sozialen Diensten besteht.

Die Renten- und Krankenversicherung sind besteuernde Sozialversicherungssysteme, die hauptsächlich aus der Sozialsteuer (Sozialversicherungsbeiträge der ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen) finanziert werden.

Das Rentensystem besteht aus vier Unterbereichen: Staatsrenten, Altersrenten, Invaliditätsrenten und Hinterbliebenenrenten.

Das aus der UdSSR übernommene System der Alterssicherung basiert auf dem Umlageverfahren. Mit der markanten Anteilserhöhung alter Menschen an der Bevölkerung, dem durch geringe Anspruchsvoraussetzungen relativ frühen Eintritt in den Ruhestand sowie den zu geringen Beitragszahlungen an die Sozialversicherung – aufgrund mangelhafter Kontrolle und einem dramatischen Rückgang unter den BeitragszahlerInnen – drohte dem estnischen „Generationenvertrag“ der finanzielle Kollaps.

Die baltischen Arbeitsmärkte sind durch eine dramatische Verringerung der Beschäftigtenzahlen in den Jahren 1991 bis 2000 gekennzeichnet; in Estland allein wurden mehr als 280.000 Arbeitsplätze abgebaut. Lag die Beschäftigungsquote 1990 noch bei 82%, so verringerte sie sich bis zum Jahr 2000 auf nur 63%. Die Arbeitslosenquote lag im Jahr 2002 bei 10,3 % (niedriger als in Lettland mit 12% und Litauen mit 13,8%) oder 67.000 Personen (nach einem Rekordstand von 96.000 im Jahr 2001) – wesentlich gravierender ist allerdings die Tatsache, dass 53% der Arbeitslosen mehr als ein Jahr ohne Arbeit waren.

Das estnische Rentensystem wird deshalb gegenwärtig reformiert. Die in Angriff genommene Rentenreform sieht ein mehrstufiges Alterssicherungssystem vor, welches das Umlageverfahren ergänzt und auf drei Säulen ruht.

Das staatliche obligatorische Rentenumlageverfahren (1. Säule) bleibt als (sehr geringe) Basiskomponente zwar erhalten, doch das gesetzliche Rentenbudget wird gesenkt, indem u.a. die Anspruchsvoraussetzungen für den Vorruhestand und die Erwerbsunfähigkeitsrenten sowie das Renteneintrittsalter heraufgesetzt werden. Im Jahre 2002 betrug das Rentenalter 62 Jahre für Männer und 60 Jahre für Frauen, und wird sich bis zum Jahr 2016 graduell auf 63 Jahre erhöhen. Der erste Pfeiler der Rentenregelung – die Staatsrente – garantiert Schutz gegen Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenrisiken für Personen mit ständigem Wohnsitz in Estland sowie temporäre EinwohnerInnen Estlands für die Gültigkeitsdauer ihrer Aufenthaltsgenehmigung, sofern diese sich nicht für eine andere Rente qualifizieren. Die Staatsrente ist eine pauschale Leistung und lag im Jahr 2000 bei 800 EEK (ca. 51 €) pro Monat.

Ab 2002 wird die Rentenanpassung an die jahresdurchschnittliche Konsumgüterpreisentwicklung gebunden (Indexierung). Die Höhe neuer gesetzlicher Renten basiert verstärkt auf den Beitragsleistungen. Die Reform zielt auf die Ergänzung der 1. Säule durch eine verpflichtende, privat verwaltete, kapitalgedeckte 2. Säule und eine freiwillige, steuerlich geförderte kapitalgedeckte 3. Säule. Beiträge an diese Fonds werden dem individuellen Alterssicherungskonto gutgeschrieben.

Die zweite Säule der Altersrente ist ein Rentenumlageverfahren, für das zwei qualifizierende Kriterien angewendet werden: die für die Rente anrechenbare Arbeitszeit (mindestens 15 Jahre in Estland) oder die in Estland erlangte Rentenversicherungszeit (nach dem 1.1.1999) und das Rentenalter. Diese zweite Säule ist eine Privatvorsorge (2% des Bruttolohnes + 4% der 20%-igen Sozialabgaben als Staatszuschuss); ein Beitritt zum System ist verpflichtend für BerufsanfängerInnen und junge ArbeitnehmerInnen und freiwillig für Ältere.

Der gesetzliche Rahmen für die dritte Säule als freiwilliges Kapitaldeckungsverfahren wurde im Jahre 1998 mit der Annahme des Pensionsfondsgesetzes und der daraus folgenden Änderungen des Versicherungsgesetzes und des Einkommensteuergesetzes eingeführt. Lizenzen zum Verkauf von Rentenprodukten sind an vier Rentenversicherungsgesellschaften (mit 15 Pensionsfonds) vergeben worden.

Bis zum 1. November 2002 nahmen fast 210.000 Menschen das verpflichtende Kapitaldeckungsverfahren der 2. Säule in Anspruch – die Prognose des Rentenamtes und des Finanzministeriums hatte bei nur 120.000 Personen gelegen. Da der estnische Staat 4% zu den 2% der ArbeitnehmerInnen beisteuern musste, geriet die Ausgeglichenheit des Staatsbudgets 2003 erstmals in Gefahr und in der Rentenkasse ergab sich für das Jahr 2003 zum ersten Mal ein Minus in Höhe von 270 Mio. EEK. Die estnische Pensionsreform ist dennoch ein Erfolg. Der Bericht der EU lobt das 3 Säulen-Modell und schließt, dass Estland die nötigen Reformschritte gesetzt hätte.

9. Post

Der Postdienst wurde bereits liberalisiert. Das im Juni 2001 erlassene Postgesetz trat im Januar 2002 in Kraft. Nach dem Gesetz kann die Lizenz für den Universalpostdienst allerdings nur einem Anbieter erteilt werden, der den Postdienst landesweit zu einem einheitlichen Tarif betreibt. Das estnische Nationale Kommunikationsamt fungiert als unabhängige Regulierungsbehörde für den Postbereich. Die Abteilung Postdienst des Nationalen Kommunikationsamtes wurde Anfang 2002 eingerichtet.

Die staatliche *Eesti Post* ist gegenwärtig der einzige Anbieter eines landesweiten Postdienstes. Private Dienstleister, wie etwa *DHL*, sind am estnischen Markt bereits seit Anfang der 90er-Jahre vertreten.

10. Sicherheit

Der Gesamtpersonalstand der Polizei in Estland beträgt 3.350 BeamtInnen und 1.160 zivile Angestellte. Die Kriminalität hat sich seit 1990 mehr als verdoppelt (etwa 58.500 Delikte, gegenüber knapp 24.000 im Jahr 1990), die Aufklärungsquote liegt bei nur 36%. Gleichzeitig kam es zu starken Personalkürzungen (von 5.572 BeamtInnen/Angestellten im Jahr 1993 auf 4.710 im Jahr 2002). Ein nicht unbedeutender Teil der Sicherheitsagenden wird deshalb bereits von privaten Sicherheitsdiensten wahrgenommen. Im Jahr 2002 gab es 60 private Sicherheitsdienste mit einem jährlichem Umsatz von 84 Mio. € (+ 25,5 Mio. € für Bewachungstätigkeiten) und 5.500 Angestellten. 73% des Umsatzes wurden von den Mitgliedsorganisationen der *Estonian Security Association (ESA)* gemacht, die 1993 als Dachorganisation der führenden privaten Sicherheitsdienste mit dem Ziel gegründet wurde,

gewisse Mindeststandards umzusetzen und die Vertretung ihrer Mitglieder gegenüber den staatlichen Institutionen wahrzunehmen.

Die Arbeitsteilung zwischen Polizei und privaten Sicherheitsdiensten ist bereits weit fortgeschritten: Alle Alarmleitungen von gefährdeten Objekten gehen zu privaten Dienstleistern, die ihrerseits im Bedarfsfall die Polizei verständigen. In der Hauptstadt *Talinn* wurde bereits eine umfangreiche Videoüberwachung auf Straßen und Plätzen installiert.

11. Telekommunikation

Die Privatisierung der Telekommunikationsinfrastruktur ist in Estland weit fortgeschritten. Die Regierung hat bereits 1992 für den Telekommunikationsbereich eine wettbewerbsfördernde Politik eingeführt und die staatliche Betreibergesellschaft *Eesti Telekom (ET)* teilprivatisiert; 49% wurden Anfang 1999 an der Börse verkauft. Heute beträgt der Anteil des Staates an *Eesti Telekom* nur noch 27,3%; 49% befinden sich im Besitz der finnisch-schwedischen *TeliaSonera*, dem führenden Unternehmen im skandinavischen und baltischen Raum.

Das neue Telekommunikationsgesetz wurde im Februar 2000 beschlossen und schafft den notwendigen Rahmen für die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes. Seit dem 1. Januar 2001 wurde der Telekommunikationsmarkt schrittweise geöffnet, was einige Monate später zur Liberalisierung des Marktes bei Ortsgesprächen führte. Zwischen September 2001 und Mai 2002 wurden nach dem Telekommunikationsgesetz zehn Lizenzen für den Betrieb von Telekommunikationsnetzen, zwei Lizenzen für Telefonnetze, zwei Lizenzen für Funknetze und sechs Lizenzen für Breitband-Verteilernetze erteilt.

Der Mobilsektor hat sich sehr erfolgreich entwickelt. Gleichzeitig nahm die Produktivität des Festnetzsektors bei ausgewogeneren Preisen rasch zu. Zusätzliche Anstrengungen sind jedoch nötig, um die Gebührenstruktur ausgewogener zu gestalten. Außerdem sind Maßnahmen erforderlich, mit denen gewährleistet wird, dass der Universaldienst mit Hilfe von Sondertarifen erschwinglich bleibt.

Von 1991 bis 1996 nahm die Telefondichte von 22,1 auf 30 Anschlüsse je 100 Einwohner zu; gegenwärtig liegt die Versorgungsdichte bei Festnetzanschlüssen bei 38% und geht, aufgrund der Mobiltelefone, langsam wieder zurück. Die Zahl der BenutzerInnen von Mobiltelefonen lag Ende 1996 bei 4,1 je 100 Einwohner und damit erheblich über dem ostmitteleuropäischen Durchschnitt. Mittlerweile hat die Versorgungsdichte bei Mobiltelefonen – es gibt drei Mobilfunkanbieter – bereits 54% erreicht.

Der freie Zugang in das öffentliche Festnetz für private Diensteanbieter hat zu deutlichen Tarifsenkungen geführt. Die gesunkenen Gebühreneinnahmen des ehemaligen Monopolisten *Eesti Telekom* sind Ausdruck dieser Entwicklung.

Nach einer Analyse des Telekommunikationsmarktes erklärte das Nationale Kommunikationsamt *Eesti Telekom* für 2002 zu dem Unternehmen, das über die größte Marktmacht in den Bereichen Telefonie, Mietleitungen und Zusammenschaltungsdienste verfügt, und *EMT* (1991 als estnisch-schwedisch-finnisches *joint venture* gegründet, seit 1999 im alleinigen Besitz von *Eesti Telekom*) zu dem Unternehmen, das über die größte Marktmacht im Bereich Mobiltelefonie verfügt.

Um die Unabhängigkeit des Nationalen Kommunikationsamtes weiter zu erhöhen, wurden die Eigentumsrechte vom Ministerium für Verkehr und Telekommunikation auf das Finanzministerium übertragen.

12. Verkehr

Die Privatisierung der Estnischen Eisenbahn wurde im Sommer 2001 abgeschlossen. Die Öffnung des Eisenbahnmarktes wurde weiterverfolgt und mehreren Güter- und Personenverkehrsunternehmen neue Lizenzen bewilligt.

Zur Vorbereitung der Privatisierung wurde die staatliche Eisenbahngesellschaft *Eesti Raudtee* in ihre Personenverkehrs-, Fracht- und internationalen Teilgesellschaften aufgeteilt. Für den 66%-Anteil an der estnischen Bahn gab es drei Bewerber: Die multinationale *Baltic Rail Service (BRS)*, die mit amerikanischem Kapital ausgestattete *Rail Estonia* und ein estnisches Konsortium.

Nach langwierigen Verhandlungen wurde Ende April 2001 zwischen der estnischen Privatisierungsagentur und *Baltic Rail Services* ein Vertrag unterzeichnet. Danach werden an *BRS* 66% der Kapitalanteile von *Eesti Raudtee* zum Preis von 1 Mrd. EEK übertragen. Die Kapitaleigner von *BRS* sind *Jarvis International* aus Großbritannien (25,5%), die US-amerikanische *Rail World Inc.* (25,5%) und *Railroad Development Corporation* (5%) sowie *Ganinger Invest*, deren Hauptanteilseigner ein estnischer Geschäftsmann ist. Der Käufer verpflichtete sich zu zusätzlichen Investitionen in Höhe von 700 Mio. EEK, mit denen vornehmlich Zugmaschinen ersetzt und die Strecke Tallinn-Narva ausgebaut werden soll. Da in Estland bereits 80% des gesamten Güterverkehrs auf der Schiene abgewickelt werden, sind gerade auf dieser Transitstrecke hohe Einnahmen zu erzielen.

Nach der Übernahme hat *BRS* den geplanten Kauf von fünf neuen Lokomotiven aus Russland annulliert; stattdessen wurden 74 gebrauchte Loks in den USA gekauft, die komplett durchgeprüft und repariert werden müssen. Trotzdem kündigte *BRS* die Schließung des großen Bahn-Instandhaltungswerks in der Stadt *Tapa* an, in dem 750 ArbeiterInnen beschäftigt sind. Der Bürgermeister der Stadt reagierte auf die Ankündigung mit der Erklärung: „Das wäre eine soziale Katastrophe für unsere Stadt“. Angeblich ist durch die beabsichtigten Kündigungen jeder dritte Einwohner der Stadt von Arbeitslosigkeit bedroht. Schließlich hat *BRS* die Entlassung von 1.800 der insgesamt 4.500 EisenbahnerInnen in den kommenden vier Jahren angekündigt.

Privatisiert wurden auch die 1991 gegründete Luftlinie *Estonian Air* (49% hält die dänische *Maersk Air*, 34% sind weiterhin staatlich) und die Schifffahrtlinie *Estonian Shipping* (zwischen 1997 und 1999 zu 70% an einen strategischen Investor und zu 30% als Aktien-Streubesitz verkauft).

Ebenfalls veräußert werden sollen der modernisierte Passagierhafen von *Tallinn*, der Frachthafen von *Munga* und der neu erschlossene Massenguthafen auf dem ehemaligen sowjetischen Marinestützpunkt *Paldiski*.

Im Bereich der kommunalen Transportunternehmen bemühen sich v.a. die estnischen Gewerkschaften, die Entscheidungen über den Umfang der Privatisierungen zu beeinflussen. Ihrer Ansicht nach bieten kommunale Unternehmen wie die *Tallinn Busgesellschaft* die beste Garantie für eine effiziente Dienstleistung. Die Bedenken der Gewerkschaften, dass nicht gewinnbringende Fahrstrecken wegfallen würden, wenn dieser Dienst dem Markt überlassen wird, sind angesichts der einschlägigen Erfahrungen durchaus berechtigt. Auch in Estland wurden etliche Dienstleistungsbetriebe auf dem Lande bereits stillgelegt, während einige private Dienste in den Städten ausgebaut werden konnten, weil sie rentabel waren.

13. Wasser

Die öffentliche Wasserversorgung, die Kanalisation und die Abwasserbehandlung sind an sich Aufgaben der Gemeinden. Gesetzlich ist allerdings nicht festgelegt, in welcher Form ein Wasserwerk betrieben werden soll. Grundsätzlich sind deshalb alle privatrechtlichen Formen denkbar. Die estnische Wasserwirtschaft wird in großen Teilen noch als Regiebetrieb geführt. In den größeren Gemeinden und Städten sind jedoch Eigenbetriebe in Form von Aktiengesellschaften entstanden.

Ein Beispiel ist der Fall der estnischen Hauptstadt Tallinn. Im Jahr 2001 kauften die britischen Konzerne *International Water Limited (IWL)* und *United Utilities International (UU)*

gemeinsam 50,4% des kommunalen Wasserversorgers *AS Tallinna Vesi*. Für das Unternehmen bestand eigentlich keine Fremdfinanzierungsnotwendigkeit, da der kommunale Wasserversorger insbesondere durch die Kooperation mit der ebenfalls kommunalen *Stockholm Water* die Modernisierung des Unternehmens bereits erfolgreich durchgeführt hatte. Ein Darlehen der *Europäischen Bank für Wiederaufbau (EBRD)* in Höhe von 22,5 Mio. € stellte überdies die Finanzierung der Restrukturierung sicher. Treibende Kraft für die Privatisierung von *Tallinna Vesi* war v.a. die Aussicht, dem Haushalt durch den Verkauf der Wasserversorgung 80 Mio. € zuführen zu können. Der Verkaufserlös wurde zwischen der Stadt und dem kommunalen Wasserversorgungsunternehmen aufgeteilt: 40 Mio. € landeten im kommunalen Haushalt, 44 Mio. € gingen an *Tallinna Vesi*.

Wenige Monate nach dem Verkauf starteten die neuen Mehrheitseigentümer eine Reihe von Maßnahmen, um ihren Gewinn zu steigern. So wurde eine Erhöhung des Wasserpreises entsprechend der in der Privatisierungsvereinbarung festgelegten Anpassung an den Verbraucherindex (8–10%) in den ersten beiden Jahren und um 15% für die beiden darauf folgenden Jahre (2004 und 2005) beschlossen, was eine Preiserhöhung von 50% in nur vier Jahren bedeutete. Das Unternehmen rechtfertigte diese Anhebung mit künftigen Investitionen in die Abwasserbeseitigung. Bis zum Jahr 2010 werden die Wasserpreise um insgesamt 54% steigen.

Kurz darauf verlangte *Tallinna Vesi* von der Stadt 12 Mio. € innerhalb von 5 Jahren für Wasserdrainagen. Die Stadt argumentierte zwar, dass sie für diese Leistung in der Vergangenheit nie bezahlt habe, weil dies im Wasserpreis bereits enthalten sei. Das Unternehmen bezog sich in seiner Forderung allerdings auf ein neues Gesetz, nach dem der Wasserpreis keine Beträge enthalten dürfe, die nicht direkt mit der erbrachten Leistung in Zusammenhang stünden.

Durch eine Reihe von finanziellen Manövern erhielt *IWL-UU* in weniger als zwei Jahren 10 Mio. € an Dividenden und weitere 30,6 Mio. € durch eine Eigenkapitalreduzierung. Die neuen Eigentümer holten sich auf diese Weise 93% der insgesamt 44 Mio. € zurück, die sie im Januar 2001 investiert hatten!

Im November 2002 teilte das Unternehmen außerdem mit, dass es 100 MitarbeiterInnen – etwa ein Fünftel der Belegschaft – kündigen werde. Zuvor waren bereits 100 Arbeitsplätze vorwiegend durch Eintritt in den Ruhestand abgebaut worden.

14. Wohnen

Der vormals staatliche Besitz an Wohnungen und Häusern wurde bis zum Ende der 90er-Jahre praktisch zur Gänze privatisiert. Die Privatisierung erfolgte v.a. auf zwei Wegen:

- Durch Rückgabe an die früheren Besitzer (vor der russischen Okkupation von 1940) bzw. an deren Nachkommen.
- Über die Ausgabe von Gutscheinen; diese wurden nach Maßgabe der Arbeitsjahre in Estland vergeben, d.h. je länger eine Person in Estland lebte, desto mehr Gutscheine erhielt sie. Diese Gutscheine konnten zunächst nur beim Erwerb von Wohnungen, später auch von bestimmten Unternehmen oder zur Altersvorsorge verwendet werden. Ein Gutschein ist 1 m² wert, d.h. zum Erwerb einer 50 m²-Wohnung braucht es 50 Gutscheinjahre.

Die Privatisierungen führten zu einer Reihe von Problemen, so z.B. zu jahrelangen Rechtsstreitigkeiten im Fall von früherem Sumpfland, das erst in Sowjetzeiten urbar gemacht und nun an die früheren Eigentümer der Sümpfe restituiert wurde.

Schwerwiegender ist die Tatsache, dass der estnische Mietsektor in nur 10 Jahren von 65% im Jahr 1990 auf 5% gefallen ist. Eine Ausnahme stellt nur die Hauptstadt *Tallinn* dar, wo es eine relativ große Zahl (50.000) von Mietwohnungen gibt, die der Gemeinde gehören.

Allerdings haben auch in *Tallinn* etwa 2.000 Häuser mit über 14.000 Wohnungen den Besitzer gewechselt. Viele dieser Häuser wurden sofort und oft mehrmals weiter verkauft, wodurch die MieterInnen mit ständig wechselnden EigentümerInnen konfrontiert waren.

Für MieterInnen von Wohnungen, die nach dem Besitz-Reform-Gesetz („*property-reform law*“) restituiert wurden, gibt es eine Reihe von Schutzklauseln – darunter auch einen achtjährigen Kündigungsschutz. Mietobergrenzen existieren in fast allen Regionen, nicht jedoch in *Tartu*, wo das Fehlen einer Mietobergrenze die Mieten stark ansteigen ließ. In *Tallinn* etwa beträgt die Miete derzeit 8 EEK/m² (= 0,4 US \$), während die freien Mieten in *Tartu* zwischen 20–50 EEK/m² liegen (Durchschnittseinkommen Ende 2003: 6.431 EEK, Durchschnittspension: 2.071 EEK). In einigen Fällen stiegen die Mieten jedoch um bis zu 1.000%, und die höchsten Mieten liegen derzeit bei etwa 10 €/m².

Gleichzeitig ging die Zahl der EinwohnerInnen der Hauptstadt seit 1989 um etwa 100.000 – auf 385.000 – zurück. Viele junge Familien, aber auch ältere Personen verließen wegen der stark steigenden Wohnkosten *Tallinn* und zogen in Gemeinden am Stadtrand. Erschwerend kommt dazu, dass in den letzten Jahren auch die Wohnbautätigkeit stark zurückgegangen ist: Waren es im Jahr 1989 noch 14.000 neue Wohnungen, so wurden in den Jahren 2000 und 2001 nur noch jeweils 300-440 Wohnungen errichtet.

Wegen der mehr als 5.000 Vormerkungen für Gemeindewohnungen haben die Verantwortlichen im Frühjahr 2002 ein Programm mit dem Namen „5000 Wohnungen für Tallinn“ ins Leben gerufen, das bis 2007 verwirklicht werden und 80 Mio € kosten soll. Die Stadt selbst plant allerdings nur die Errichtung von 2.000 Wohnungen und hofft für den Rest auf den privaten Sektor. Unsicher ist dabei aber auch, ob der estnische Staat, dem ein Großteil der Baugründe gehört, und der nach den Plänen der Stadtverwaltung für etwa 25% der Kosten aufkommen soll, diese Verantwortung auch übernehmen wird. Die rechte Parlamentsmehrheit vertritt jedenfalls eine eher mieterfeindliche Position – frei nach dem Motto: „Jeder Este soll Hausbesitzer werden“.

Mietervereinigungen gibt es in 4 Regionen des Landes: in *Tartu*, *Tallinn*, *Haapsalu* und *Viljandi*. Durch die Privatisierungspolitik gehen die Mitgliederzahlen allerdings stark zurück.

15. Quellennachweis

Bericht der EU-Kommission über die Fortschritte Estlands auf dem Weg zum Beitritt, November 2000.

Bolz, Klaus / Lösch, Dieter / Plötz, Peter / Polkowski, Andreas

Die Rolle des Staates in der Wirtschaft in Estland, Lettland und Litauen. Veröffentlichungen des HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg, Bd. 49, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1999.

Borrmann, Christine / Plötz, Peter / Polkowski, Andreas

Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa: Estland, Lettland, Litauen. HWWA-Report 193, Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg 1999.

Brendan, Martin

Die Privatisierung in Volkswirtschaften im Übergang, Öffentlicher Sektor: Aktuelle Analysen und Kommentare. Internationale der Öffentlichen Dienste, 1997.

Die Umweltpolitik in Estland. Europäisches Parlament, 1998.

Ettmayer, Wendelin

Estland. Der Aufbruch nach Europa. Wien 1999.

Fragen der Erweiterung der Europäischen Union im Bereich Telekommunikation und Informationstechnologien, Februar 2000, www.europarl.eu.int.

Fritsche, Ulrich / Lösch, Dieter

Estland. Die Rolle des Staates in der Wirtschaft. HWWA-Report 175, Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg, 1998.

Hall, Dave / Lobina, Emanuele / de la Motte, Robin

Water privatisation and restructuring in Central and Eastern Europe and NIS countries, 2002. March 2003, www.psir.org.

Hardt, Folkert

Die Wasserwirtschaft Estlands auf dem Weg in die Europäische Union, Umweltwirtschaft zwischen Förderung und Wettbewerb. Hauptseminararbeit Bremen 2003.

Health Care Systems in Transition. Estonia. European Observatory on Health Care Systems 2000.

Highlights on health in Estonia. December 2001. www.who.dk/document/e74339.pdf

Jüri, Sepp

Estlands Wirtschaftspolitik im Rahmen der Koordinationsanforderungen der EU. Wirtschaftswissenschaftliche Diskussionspapiere 9/02, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Dezember 2002.

Kirch, Aksel / Püss, Tiia

Das estnische Sozialversicherungssystem und der Einfluss der EU-Harmonisierungsbestrebungen. März 2003, www.ies.ee (The Institute for European Studies, Estonia).

Kommissionsbericht zum Beitritt Estlands, 2002.

Lauk, Epp

Rundfunk in Estland. In: Internationales Handbuch für Hörfunk und Fernsehen 2000/2001, Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg, pp. 342-351, Baden-Baden 2000.

Lobina, Emanuele / Hall, David

Problems with private water concessions: a review of experience. June 2003, www.psir.org.

Lösch, Dieter / Plötz, Peter / Polkowski, Andreas

Wirtschaftslage und Reformprozesse in Estland, Lettland und Litauen im Herbst 2000. HWWA-Report 205, Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg 2000.

Ludwig, Klemens

Estland. München 1999.

Municipal waste management in Accession Countries, European Commission, Office for Official Publications of the European Communities, Luxembourg 2002

Plötz, Peter / Polkowski, Andreas

Wirtschaftslage und Reformprozesse in Estland, Lettland und Litauen. HWWA-Report 210, Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg 2001.

Rajangu, Vaino

Das Bildungswesen im unabhängigen Estland. Studien und Dokumentationen zur vergleichenden Bildungsforschung. Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Band 80. Frankfurt/M. 1998.

Rotacher, Albrecht

Junge Freiheit 29/99 16. Juli 1999.

Schwarz, Robert

Medienprofil der Republik Estland, 2001.

Ströhm, Carl Gustaf

Junge Freiheit 35/00, 25. August 2000.

Vihalemm, Peeter (ed.)

Baltic Media in Transition. Tartu University Press 2002.

Weinstein, Sam

The Nordic Energy Market. Dezember 04, www.psir.org.

16. Internet-Links

http://europa.eu.int/scadplus/leg/de	Die europäische Union Online, Zusammenfassungen der Gesetzgebung, Erweiterung
http://www.auswaertiges-amt.de/	Auswärtiges Amt Berlin
http://www.coess.org	Confederation of European Security Services
http://www.culturalpolicies.net	Compendium Cultural Policies in Europe
http://www.ee/welcome.html	Internetportal Estland
http://www.einst.ee/	Estonian Institute
http://www.estemb.de	Botschaft von Estland in Berlin
http://www.eupha.org	European Public Health Association
http://www.eurydice.org/	Das Informationsnetz zum Bildungswesen in Europa
http://www.evr.ee/	Estnische Bahn (Eesti Raudtee)
http://www.hm.ee	Estnisches Erziehungs- und Forschungs- ministerium
http://www.hot.ee/yyr	Estnische Mietervereinigung (Eesti Üürnike Ühingute Liit)
http://www.hwwa.de/EU-Beitrittslaender/	Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)
http://www.ipa.at/	International Police Association, Österreich
http://www.iut.nu	International Union of Tenants
http://www.kul.ee/	Estnisches Kulturministerium
http://www.psiru.org	Public Services International Research Unit, University of Greenwich
http://www.sm.ee	Estnisches Sozialministerium
http://www.stat.ee/	Statistical Office of Estonia